



PRESSEMITTEILUNG

Chemiker und Physiker – Gemeinsamer Standpunkt zu Studiengebühren

Frankfurt, Bad Honnef, 3. Februar 2005 – „Studiengebühren zu erheben, ist die Chance für unsere Hochschulen, das Lehrangebot und die Forschungsbedingungen zu verbessern und sich im internationalen Wettbewerb besser zu positionieren.“ Mit dieser gemeinsamen Einschätzung der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) machen die beiden größten wissenschaftlichen Gesellschaften in Deutschland ihren gemeinsamen Standpunkt in der gegenwärtigen Diskussion um die Einführung von Studiengebühren deutlich. Da die deutschen Hochschulen gegenwärtig krass unterfinanziert seien, könnten nachhaltige Verbesserungen aber nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig der Umfang öffentlicher Förderung erhalten bleibe. Gleichzeitig warnen die beiden Fachgesellschaften, die zusammen rund 74000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertreten, vor einer Blockade von Konkurrenz- und Leistungsmerkmalen im Wettbewerb der Hochschulen untereinander durch Einführung staatlich verordneter Einheitsgebühren und bürokratische Einflussnahme bei deren Verwendung.

Die beiden Fachgesellschaften weisen darauf hin, dass die Einführung von Studiengebühren strikt unter dem Aspekt der dringend notwendigen Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesehen werden müsse. Dies mache es erforderlich, dass zum einen Deutschland seinen eingeschlagenen Weg zur Erhöhung der Absolventenzahlen in den Natur- und Technikwissenschaften entschlossen weiter fortsetze und dass zum anderen die Leistungsfähigkeit der Hochschulen durch Konkurrenz und die Möglichkeit zur individuellen Profilbildung gesteigert würde.

„Es liegt im Interesse unserer Wissenschaft und unserer Wirtschaft, dass alle, die befähigt und willens sind zu studieren, dies auch tun können. Wir brauchen mehr und besser ausgebildete Fachkräfte, um im internationalen Vergleich leistungsfähiger zu werden“, sagt Henning Hopf, Präsident der GDCh. Es gehe darum, besonders Befähigten – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren finanziellen Möglichkeiten – ein Studium zu ermöglichen und sie (auch finanziell) zu fördern. Studiengebühren sind im Rahmen einer umfassenden Reform sinnvoll, zu der die Einführung von Stipendien, die Kreditvergabe an die Studierenden im Rahmen veränderter Grundsatzbedingungen sowie erweiterte Arbeitsmöglichkeiten in Lehre und Forschung an der Hochschule gegen Bezahlung gehören.

„Die deutschen Hochschulen sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Sie sind bezüglich Forschung und Lehre geschwächt. Studiengebühren können dazu beitragen, hier zu Verbesserungen zu kommen, allerdings nur dann, wenn die Einnahmen bei den Hochschulen verbleiben und nicht dazu benutzt werden, Löcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen“, erklärt Knut Urban, Präsident der DPG. Die beiden Fachgesellschaften appellieren an die Politik, die Autonomie der Hochschulen zu stärken. Über die Höhe und die Verwendung der zusätzlichen Einnahmen sollten die Hochschulen selbständig entscheiden. Eigenverantwortung, Wettbewerb und eigene Profilbildung seien marktwirtschaftliche Elemente, die zum Nutzen der Studierenden und zugunsten einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen nicht durch staatliche Gängelung verdorben werden dürften.
